

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III  
Telephon: Amt Köntigstadt, Nr. 1078.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.  
Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Gewaltige Förderung der großkapitalistischen Produktion durch den Krieg. — Die Handelskammer Zittau für Lohn-erhöhungen. — Explosionen (II). — Vorgeschlagene Kandidaten zur außerordentlichen Generalversammlung in Augsburg. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Dittung. — Brief-lasten. — Verbandsanzeigen.

## Gewaltige Förderung der großkapitalistischen Produktion durch den Krieg.

Es hat der gegenwärtige Krieg nicht nur Tausende von Menschenleben und Gütern zerstört, dort, wo seine Feuer-schünde in Tätigkeit traten, sondern er hat auch mit eisernem Wesen ausgeräumt unter den kleinen und mittleren Existenzen im Wirtschaftsleben der Völker. Hunderttausende von kleinen Gewerbe- und Handelsbetrieben sind durch die Wirkungen des Krieges hinweggefegt worden; einesteils dadurch, daß die Inhaber, die hier die Seele des Betriebes waren, gefallen sind, anderenteils dadurch, daß durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, wie Mangel an Rohstoffen u. dgl., die Existenz abgeknüpft wurde. Viele Kleinbetriebe, die auf die letztere Art zugrunde gegangen sind, werden auch nicht mehr die Kraft aufbringen, um sich nach dem Kriege wieder aufzuraffen. Denn nach dem Kriege wird das ganze Wirtschaftsleben unter ganz anderen Voraussetzungen aufgenommen werden, als es bei dem Beginn des Krieges die damals vorhandenen Voraussetzungen verlieh.

Die lange Dauer des Krieges, mit der wohl niemand aus diesen Verursachern gerechnet hatte, hat alle früheren Voraussetzungen der kleinen und mittleren, ja die Voraussetzungen aller Gewerbebetriebe zerstört. Soweit diese Betriebe für den Bedarf des Auslandes arbeiteten, werden sie nach Abschluß des Krieges hinsichtlich des Warenabsatzes meist vor dem Nichts stehen. Denn durch die Absperrung des überseeischen Handelsverkehrs Deutschlands während so langer Zeit sind natürlich die Abnehmer der Waren im überseeischen Ausland auf andere Bezugsquellen gestoßen, und die von dort bezogenen Waren werden sich nun auch meist fest eingeführt haben. Mit ihnen müßte also der Konkurrenzkampf aufgenommen werden; was den Klein- und Mittelbetrieben, die zu kapitalistisch sind, ganz unmöglich sein wird. Denn es kommt doch vor allem in Betracht, daß die Produktion in dem ersten halben Jahrzehnt eine sehr teure sein wird. Die Rohstoffe, die allgemein fehlen, soweit wir sie aus überseeischen Ländern beziehen, werden bei der großen Nachfrage schon an sich sehr hoch im Preise stehen. Sie werden aber noch sehr teuer werden durch den Transport. Heute freuen sich gewisse Kreise über die hohe Tonnenzahl der feindlichen und neutralen Schiffe, die im Kriege jetzt versenkt wird. Aber diese „Freude“ wird später einen sehr bitteren Nachgeschmack bekommen, wenn es sich herausstellen wird, daß viel zu wenig Schiffsraum da ist, um den internationalen Handelsverkehr, soweit er die Wasserstraßen benutzen muß, zu bewältigen. Das wird dann die Preise für den Transport gewaltig in die Höhe treiben. Denn es ist ganz falsch, wenn man denkt, der versenkte Schiffsraum schädige nur England. Gegenwärtig mag das zutreffen; nach dem Kriege aber trifft es nicht mehr zu. Nach dem Kriege trifft die Wirkung des heutigen Seefrieges den überseeischen Warentransport der ganzen Welt, also auch den Deutschlands. Die Waren, die Deutschland aus überseeischen Ländern bezog, ehe der Krieg ausbrach, kamen nicht etwa auf nur deutschen Schiffen, sondern sie kamen auf Schiffen aller Nationen herein. Gewiß, die Mehrzahl der Schiffe, die Waren nach Deutschland brachten und solche von hier hinausführten in die ganze Welt, gehörte deutschen Reedereien; aber ein Teil dieser Waren kam auch auf anderen Schiffen zum An- und Abtransport. Und nach dem Kriege würde Deutschland es erst recht nötig haben, daß ihre Waren auf Schiffen anderer Nationen an- und abtransportiert werden, weil doch auch die deutschen Reedereien viel Schiffsraum durch den Krieg eingebüßt haben; weniger durch Versenkungen, als vielmehr durch Beschlagnahme der Schiffe in den Häfen der gegen uns Krieg führenden Staaten. Die Teilnahme der kleinen südamerikanischen Staaten am Kriege gegen die Zentralmächte hat praktisch meist nur die Bedeutung, uns die Schiffe wegnemen zu können, die in die Häfen jener Staaten flüchteten, als der Krieg ausbrach. Wenn also heute viel Schiffsraum versenkt wird, so wird das zur Folge haben, daß nach dem Kriege weit weniger Schiffsraum vorhanden sein wird, wie der internationale Seeverkehr braucht, und darunter werden dann also auch wir leiden. Die Frachtraumnöte, die jetzt nur den kriegsführenden Staaten den Warentransport so enorm verteuert, wird also nach dem Kriege auch uns den Transport der Waren enorm verteuern. Denn die Transportmittel zur See befinden sich in den Händen des Privatkapitals, und das wird sich nach dem Kriege schädlich halten für die unfreiwillige

Einbuße, die ihm der Krieg jetzt bringt. Und wenn auch schließlich wird eingeschränkt werden, damit die Bäume der Transportverteuerung nicht in den Himmel wachsen, so wird doch erst eine Steigerung eintreten, die aus Unerträglichkeit herankommt. Wir wissen ja, wie groß die Langmut der Regierung ist, ehe sie Höchstpreise festsetzt. Mit der Festsetzung von Höchsttransportpreisen allein würde man wohl aber auch kaum eine Verbilligung der Transportkosten erreichen, denn dann laufen wir Gefahr, daß die deutschen Schiffe Waren für Länder transportieren, wo ihnen für die Transportpreise keine Grenze gesetzt ist. Wir würden dann noch mehr auf ausländische Schiffe angewiesen sein, denen wir natürlich keine Höchstpreise vorschreiben können, da die Reedereien bei dem Mangel an Schiffsraum die Möglichkeit haben, ihre Schiffe in den Dienst anderer Länder zu stellen. Man ersieht daraus, was für einen Bärendienst unserer eigenen Industrie für die Zeit nach dem Kriege geleistet wird, daß jetzt viel Schiffsraum auf dem Meeresgrund sinkt. Neben Höchstpreisen für den Warentransport wird man also noch den Zwang für die deutschen Schiffe festsetzen müssen, nur Güter von und nach Deutschland zu transportieren, wenn man nicht, was das Wichtigste wäre, die Verstaatlichung des ganzen Seetransportes durchzuführen will.

Es ist aber nicht die Verteuerung des Transportes allein, was die Produktionskosten der Industrie erhöhen wird. Auch die Produktionsmittel, wie Geld, Maschinen, Arbeitskräfte, werden erheblich teurer sein. Dazu kommt dann die höhere Steuerbelastung und noch manches andere, was die Gesamtkosten der Produktion erhöhen wird.

Bedenkt man dies alles, so ist leicht zu begreifen, daß nun, wo die Produktion aufgenommen werden soll, zugleich mit den Groß- und Riesenbetrieben die Klein- und Mittelbetriebe kaum noch Aussicht haben, mit fortzukommen. Diese Klein- und Mittelbetriebe hatten sich in der Vergangenheit neben den Betrieben entwickelt, als diese sich erst allmählich zu Großbetrieben herausarbeiteten. Da, wo sie sich neben dem Heranwachsen der Großbetriebe mit befestigen konnten, wenn auch nur zu einem Vegetieren, mochte es ihnen immerhin möglich gewesen sein, Boden zu fassen. Aber nun, nach dem Kriege, wird es anders. Diese Klein- und Mittelbetriebe, z. B. in der Textilindustrie, die nun wieder ganz von unten anfangen müßten, müßten dies tun zugleich mit dem Einsetzen der Konkurrenz der entwickelten Großbetriebe, die noch vielfach die Kriegszeit benutzt haben, sich durch Angliederung von Betrieben zu Riesenbetrieben zu entwickeln. Diese Großbetriebe werden es schon schwer genug haben, den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte aufzunehmen. Denn auch die anderen Länder machen riesige Anstrengungen, verlorengegangene Absatzgebiete wieder zu erlangen oder sich für verlorengegangene Erträge zu erkämpfen. Und bei diesen Anstrengungen handelt es sich überall in erster Linie um die Zusammenfassung kapitalistischer Unternehmungsgeistes in Groß- und Riesenbetrieben.

Große Vorbereitungen dieser Art unternimmt insbesondere England. Man hat zu Anfang des Krieges von alldeutschen Maulaufreißern oftmals die Worte hören können, England könne uns nichts Ernstes in diesem Kriege zufügen, das englische Volk besitze nicht das Talent, alle Kräfte zu organisieren. Von diesen Phrasen ist es ganz still geworden; die Tatsachen haben das Gegenteil gezeigt. Und wenn man nun sieht, was für gewaltige Anstrengungen militärischer Art England gemacht hat, daneben aber auch eine großzügige Organisation schafft für die Demobilisation des Krieges und die Aufnahme des Konkurrenzkampfes des englischen Kapitals nach dem Kriege, so wird man zu der Erkenntnis kommen, daß es eine große Torheit wäre, etwa auch für die Zeit nach dem Kriege Englands volkswirtschaftliches Organisationstalent so leicht zu nehmen, wie seinerzeit das militärische nicht nur von alldeutschen Phrasen, sondern sogar von sozialdemokratischen Schriftstellern, wie Lensch, leicht genommen wurde.

Beachtenswert für die Textilindustrie ist, daß die englische Regierung die ganze englische und australische Wollherde aufgekauft hat und daß es ihr auch gelungen ist, die argentinischen Wollhändler, trotzdem Argentinien keine englische Kolonie ist, unter ihren Einfluß zu bringen, um, wenn es zum Frieden kommt, die Wollpreise in der Welt bestimmen zu können. Nicht anders wird die englische, und hier im Bunde mit der amerikanischen Regierung, vorzugehen suchen bei der Preisgestaltung der Baumwolle. Hinzu kommt dann, daß die englische Regierung förmlich zwingt zum Zusammenschluß von Betrieben, die der Fabrikation nach zueinander gehören. England steht im Zeichen der Konzerne, welche die Herstellung eines Artikels vom Rohstoff bis zur fertigen Ware übernehmen, so daß keine Zwischenkosten durch An- und Abtransport der Halbfabrikate entstehen. Es ist ja eine un-

Sozialisten bekannte Tatsache, daß solche Betriebe natürlich meist viel konkurrenzfähiger sind wie Einzelbetrieb.

Diese Vorgänge sind von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit für unsere deutschen Textilarbeiter. Es ist sehr fraglich, ob es nach dem Kriege den zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben in der deutschen Textilindustrie, die wie in Sachsen, in Thüringen, im Bergischen Land, für den Export arbeiteten, möglich werden wird, unter den so ungünstig gewordenen Bedingungen den Betrieb wieder aufzunehmen.

Wichtiger aber noch ist die Frage, wie sich die Textilarbeiter Deutschlands stellen zu den Großbetrieben, die versuchen werden, unter Lohndruck vorwärts zu kommen. Die außerordentliche Generalversammlung in Augsburg wird auch darüber Klarheit schaffen müssen. Uebrigens glauben wir, daß Unklarheit darüber wohl bei keinem Mitglied besteht, daß es nur gilt, das, was alle instinktiv fühlen, offen auszusprechen, nämlich, daß unter gar keinen Umständen die Rede sein kann davon, daß etwa die Arbeiter durch Einschränkung ihrer Existenz die Kosten des Konkurrenzkampfes tragen sollen. Daß es der Arbeiterschaft nicht zu üppig gehen wird, dafür hat ja schon der Krieg gesorgt. Wenn daher in Unternehmerkreisen die Ansicht bestehen sollte, nach dem Kriege dieselben Methoden zur Austragung von Differenzen im Lohn- und Arbeitsverhältnis anzuwenden zu wollen, wie vor dem Kriege, d. h., daß sie die Arbeiter ganzer Distrikte sofort wieder auf die Straße werfen wollten, wie das früher geschah, wenn die Arbeiter anderer Meinung waren über die Lohnverhältnisse wie die Arbeitgeber, so mögen sie sich schon heute gefast lassen, daß diese Methoden nach dem Kriege nur der ausländischen Konkurrenz nützen, die deutsche Textilindustrie aber in ihrem Wettbewerb schwer schädigen würden.

Die englischen Industriellen wollen einen ganz anderen Weg einschlagen, wie ihn die „starken Männer“ in den Organisationen der deutschen Textilunternehmer immer empfohlen haben. Einer der Leitfäden der zukünftigen Friedensentwicklung der englischen Industrie lautet:

„Verhütung jeder Stockung in der Arbeit, deswegen Vermeidung aller Streiks und Arbeitsunterbrechungen und möglichste Lösung aller Streitfragen durch Schiedsgerichte und Vergleiche.“

Ob es den deutschen Unternehmern aufhämmern wird, daß wir in Deutschland erst recht nötig haben werden, für die Austragung von Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern den selben Weg zu beschreiten wie die Engländer? Wir möchten ein großes Fragezeichen hinter diese Frage machen, nach dem, was wir erst vor wenigen Wochen in unserem Maiartikel anführen konnten als Gegenüberung der „Arbeitgeber-Zeitung“ zu dem Programm des Herrn Professors Dr. Franke über die Regelung des Arbeiterrechts.

Die Vorgänge der letzten Zeit innerhalb unserer Industrie, das krampfhaft Bestreben vieler Unternehmer, die Textilarbeiterlöhne, trotz der furchtbaren Teuerung, recht niedrig zu halten und dort, wo der Druck gar zu stark wurde, nicht die Löhne zu erhöhen, sondern nur Kriegsteuerzulagen zu geben, die man dann, wenn der Krieg vorüber ist, wegnehmen kann, zeigen, daß das Textilunternehmertum nach dem Kriege andere Wege einschlagen will als das englische Kapital. Dagegen muß sich die Arbeiterschaft zur Wehr setzen, und sie muß sich rechtzeitig rüsten, um das wirksam tun zu können.

Die Augsburger außerordentliche Generalversammlung wird die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um die Arbeiter, verweisend auf diese Erscheinungen im kommenden Wirtschaftsleben, über die nötigen Schritte zur bestmöglichen Wahrung ihrer Interessen zu unterrichten. Inzwischen darf die Werbetrommel für die Organisation nicht ruhen, damit der gewaltigen Förderung der großkapitalistischen Produktionsweise eine gleich gewaltige Förderung der Organisation der Arbeiter entgegengestellt werden kann.

## Die Handelskammer Zittau für Lohn-erhöhungen.

Wie uns von eingeweihter Seite mitgeteilt wird, hat die Handelskammer Zittau im April d. J. an die Textilunternehmer ihres Kammerbezirks die Mahnung gerichtet, die Löhne wenigstens überall so weit zu erhöhen, daß sie nicht hinter dem ortsüblichen Tagelohn zurückbleiben. Das würde beweisen, daß von vielen Unternehmern nicht einmal der orts-

übliche Tagelohn als Mindestlohn gewährt wird. Wir haben das ja oft genug behauptet; die Feststellung der Handelskammer ist weiter nichts als eine Bestätigung unserer Behauptung, für die wir der Handelskammer sehr dankbar sind. Ein Ereignis für die Nichtigkeit unserer Behauptungen von solcher Stelle wird uns immer höchst willkommen sein.

Was hat nun aber die Handelskammer Bittau veranlaßt, uns unsere Behauptungen zu bestätigen? Das Interesse für die Textilarbeiter und ihre Bestrebungen? Keineswegs. Die Handelskammer sagt, es sei beim Ministerium des Innern verschiedentlich Klage darüber geführt worden (von wem? D. R.), daß die Unterstüßungen, die den ganz oder teilweise arbeitslos gewordenen Textilarbeitern und -arbeiterinnen aus öffentlichen Mitteln gewährt würden, dahin geführt hätten, daß Arbeitgeber ihren noch beschäftigten Arbeitern unangemessen niedrige Löhne zahlten (Aha! Besten Dank auch für diese Bestätigung unserer gleichartigen Behauptung!) und sie wegen des zum Unterhalte Fehlenden auf die Textilarbeiterfürsorge verwiesen. (Dank auch für diese Bestätigung einer unserer Behauptungen!)

Und die Handelskammer bestätigt uns immer noch weiter, wie sehr wir im Recht waren, wenn wir den Unternehmern, welche hinsichtlich der Lohnbemessung eine höchst tadelnswerte Billigkeit am Tag legten, scharf auf den Leib rückten. Die Handelskammer sagt nämlich — wie uns unser Gewährsmann berichtet — eine Nachprüfung dieser Beschwerden durch das Ministerium habe ergeben, daß die Klagen in einer nicht unbeachtlichen Anzahl von Fällen mit Recht erhoben worden seien. Mit Rücksicht auf dieses Ergebnis der Erörterungen sowie in der Erwägung, daß die Ausnutzung der Textilarbeiterunterstützungen zu Lohnrückgängen nicht gebildet werden könne und verhindert werden müsse (Bravo!), daß die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf einen höchst unerwünschten, geradezu unstillbaren Boden gestellt würden (Sehr gut!), habe sich das Ministerium veranlaßt gesehen, sich mit der Frage zu befassen, ob es nicht angezeigt erscheine, eine Anordnung der zuständigen Stellen, etwa der stellvertretenden Generalcommandos, dahin herbeizuführen, daß in den Betrieben der Textilindustrie und ihrer Nebengewerbe, für welche die Textilarbeiterfürsorge besteht, bestimmte Mindestlöhne gezahlt werden müßten. Diesem Vorhaben sei der Handelskammer aber auf Grund der eingeholten gutachtlichen Meinungsäußerungen der Textilindustriellen des Kammerbezirks widersprochen worden, einmal, weil eine derartige Maßnahme in Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Betrieben sehr schwierig durchzuführen wäre, zum anderen, weil hinreichende Sicherheit für eine angemessene Entlohnung der Textilarbeiter auch dadurch geschaffen werden könne, daß öfters Prüfungen der Lohnverhältnisse der einzelnen Betriebe nach der Richtung vorgenommen würden, ob sie der ihnen bei der Uebertragung von Heeresaufträgen auferlegten Verpflichtung nachkommen, die Lohnsätze so abzumessen, daß die Arbeiter bei voller Arbeitszeit mindestens den ortsüblichen Tagelohn verdienen müßten. Die Handelskammer habe, berichtet uns unser Gewährsmann weiter, dabei anheimgegeben, zu erwägen, ob nicht der Gewerbepolizeibehörde das Recht einzuräumen sei, diejenigen Betriebe, denen Lohnrückgänge nachgewiesen werden können, zu schließen und die dadurch frei gewordenen Arbeiter vermöge des Hilfsdienstgesetzes anderen Betrieben zuzuführen.

Warum geht aber die Handelskammer so entschieden vor? Weil sie die Interessen der Arbeiter wahrnehmen will? — Nein, im Interesse der Unternehmer, an die sie sich wendet, handelt sie dabei; sie will sie vor der Einführung von Mindestlöhnen bewahren — von Mindestlöhnen, die schließlich die maßgebenden Behörden noch fordern könnten und die Arbeiter schon fordern — auf Grund des bekannten Beschlusses unseres Aktionsausschusses. Die Handelskammer sagt nämlich weiter (wir lassen hier unsern Gewährsmann wörtlich zitieren):

„Diese Abwendung der den Interessen der Textilindustrie höchst abträglichen Maßnahmen der Einführung von Mindestlöhnen im Verein mit den von uns gemachten, den Arbeitgebern oft nicht günstigen Beobachtungen bei Prüfung der immer wiederkehrenden Fälle von Beschwerden über unzulängliche Entlohnung der Textilarbeiter unseres Bezirks (Dank der Handelskammer für ihre Offenheit!) veranlassen uns dazu, an die Arbeitgeber der Textilindustrie in deren eigenem Interesse hierdurch allgemein die dringende Mahnung zu richten, die ihren Arbeitnehmern gezahlten Lohnsätze einer genauen Untersuchung auf ihre Auskömmlichkeit hin zu unterziehen und überall da, wo sie bei Anlegung eines strengem Maßstabes einer solchen Prüfung nicht standhalten, unverzüglich zu Aufbesserungen zu schreiten. Zu dieser Bitte sehen wir uns um so mehr bewogen, als wir wegen unserer ablehnenden Haltung (Auch ein wertvolles Eingeständnis. D. R.) gegenüber der Frage der Einführung von Mindestlöhnen bereits von Arbeitnehmerseite angegriffen worden sind (Nach Obigem mit Recht. D. R.) und uns daher viel daran liegt, daß wir nicht Gefahr laufen, durch eine weitere Zurückhaltung der Arbeitgeber in der Bornahme notwendiger Lohn erhöhungen mit unserer Stellung ins Unrecht gesetzt zu werden.“ — Wir glauben zwar, die Handelskammer hat sich schon reichlich in dieses Unrecht gesetzt und kann ihr Sündenregister kaum noch bereichern; dafür spricht ihr Bemühen, die Unternehmer ihres Bezirks zu Lohnaufbesserungen zu bewegen, damit sie ja nicht zur Gewährung von Mindestlöhnen in den Arbeiterne genehmer Höhe gezwungen würden. Wir können der Handelskammer nur unter der Bedingung ihre Sünden vergeben, daß sie sich unverzüglich für die Arbeiter mindestlohnforderungen einsetzt. Da sie sich in ihrem Gewissen ziemlich belastet zu fühlen scheint und offensichtlich beabsichtigt ist, es sich zu erleichtern, so kann ihr leicht geholfen werden und kann sie bei uns an Ansehen sehr gewinnen, wenn sie unseren Rat so schnell wie möglich befolgt. Sie braucht das ja nicht in einem öffentlichen Anschreiben an die Unternehmer zu tun, sondern kann dafür den verschwiegenen Weg der Vertraulichkeit wählen, den sie schon so oft — wenn auch vielleicht bekommenen Herzens — gegangen ist, wenn sie Gründe hatte, sich mit ihrem hochherzigen Bestreben vom offenen Markte fernzuhalten. Wir würden es ihr aber auch nicht verübeln, wenn sie in der breitesten Öffentlichkeit für unsere Mindestlohnforderungen eintreten würde. Bescheidenheit ist zwar eine löbliche Tugend, doch oftmals kommt man ohne sie weiter, und daß die Handelskammer in diesem Fall recht weit komme, ist unser lebhafter Wunsch.

## Explosionen.

II.

Eine von mehr oder minder heftigen mechanischen Wirkungen und starkem Knall oder Detonation (Verpuffung) begleitete plötzliche Entwicklung von Gasen und Dämpfen ist also eine Explosion. Als ein leicht faßliches Beispiel kann die Zerprennung eines geschlossenen Gefäßes angesehen werden, in welchem sich Gase oder Dämpfe so reichlich entwickeln, daß die Gefäßwände der entstehenden Spannung nicht zu widerstehen vermögen. Hierzu sind Dampfessexplosionen, das Zerspringen von Einmach- und Champagnerflaschen sowie auch in Haushaltungen das Explodieren beim Eingießen von Petroleum oder Spiritus in den schon erhitzten Lampen oder Kochapparaten usw. zu rechnen. Im allgemeinen ist die Explosion um so heftiger, je weniger die Explosionsgase unmittelbar bei ihrer Entstehung frei entweichen können. Je größer also der entgegenwirkende Widerstand, um so größer die Kraftentwicklung der Gase. Hierzu ist gewiß die Erscheinung interessant, daß Schießbaumwolle, Dynamit, Nitroglycerin usw. in freier Luft ohne Explosion verbrannt werden können; es kommt eben auf die Art der Verbrennung an. Im übrigen sind die näheren Verhältnisse, unter welchen verschiedene Körper zu Explosionen kommen, noch keineswegs vollständig aufgeklärt.

Die Heftigkeit der Explosion, die Brisanz, das heißt die zertrümmernde und zermalmende Kraft eines Explosivstoffes ist neben der Wärmeentwicklung bei festen und flüssigen Stoffen sehr viel größer als bei Gasen, weil hier die Volumenänderung (Volumen: körperlicher Umfang, Rauminhalt) während der Reaktion maßgebend ist. Davon hängt bei Sprengstoffen auch die Fortpflanzungsgeschwindigkeit ab, ob sie in Kautschuk- oder Stahlröhren gedichtet sind. Der Widerstand in Kautschuk ist geringer, in Stahl zweifellos größer. Dasselbe läßt sich vergleichlich mehr oder weniger auch von gewerblichen Sprengungen in Steinbrüchen, bei Tunnelbauten und von dem Widerstand von Gebäuden sagen, worin Sprengstoffe oder explosible Materialien fabriziert werden.

Die Fortpflanzungsgeschwindigkeit der Explosionswelle steht im Zusammenhang mit der Detonation. Wie Professor Keller in der „Natur“, Nr. 9/10 d. J. darstellt, ist eine strenge Grenze zwischen Explosion und Detonation schwer zu ziehen. Erfolgt der Zerfall eines Sprengstoffes mit so großer Geschwindigkeit, daß die entstehenden Gase gar keine Zeit finden, ihrem Nachfolger Platz zu machen, so bildet sich ein außerordentlich hoher Druck aus, der mit entsprechend großer Heftigkeit nach Entspannung drängt und dabei die festesten Stoffe zertrümmert und zermalmt. Da alle brennbaren Sprengstoffe mehr oder weniger gegen Stoß und die damit verbundene Wärmebildung empfindlich sind, hat man sich ihre Detonation in der Weise vorzustellen, daß der an einer Stelle einsetzende Zerfall durch den stoßartigen Druck der plötzlich entstehenden Gase auch bei den Nachbarmolekülen (Molekül: unmeßbar kleiner Teil) den Zerfall bewirkt und so fort, so daß also eine sogenannte explosible Stoßwelle mit großer Geschwindigkeit die Masse durchdringt und zum Zerfall bringt. Keller gibt hier Detonationsgeschwindigkeiten von einigen Sprengstoffen bekannt, und betragen diese in einer Sekunde bei Schießbaumwolle 5000—7000, Donarit 4100, Dynamit 6800, Trinitrotoluol 7200, Sprenggelatine 7700 und bei Pikrinsäure 8000 Meter. Auch die Richtung, in welcher explosible Körper wirken, ist verschieden; ebenso auch die Ausdehnung der Explosionswelle. Bei manchen erfolgt die zertrümmernde Wirkung nach allen Seiten, bei anderen vorzüglich nach oben oder nach unten. Wie Wiedermann in seiner Schrift „Technologie der Sprengstoffe“ so interessant darzustellen weiß, übt die Explosionsgeschwindigkeit des Sprengstoffes besonders bei Sprengungen im Bergbau, Steinbrüchen, Tunnelbauten usw. einen großen Einfluß aus. Durch die momentane Explosion muß eine starke Verdichtung der umgebenden Atmosphäre (Luftmeer usw.) eintreten. Da bei der Explosion des Sprengstoffes im Bohrloch Drucke von 6000 bis 8000 Atmosphären auftreten, so wird die umgebende Luft bis auf 100 Atmosphären (Atmosphäre: Druckmaß) zusammengepreßt werden können. Im Bergbau, besonders in Kohlengruben, ist die Entwicklung brennbarer Gase, die mit Luft zusammen ein explosives Gemisch geben, überaus gefährlich. Ja, Kohlenstaub allein bildet mit der Luft ein explosives Gemisch. Bei solchen Druckgrößen wird soviel Wärme entwickelt, daß diese allein für sich genügt, um vorhandene Gasgemische (Schlagwetter) zur Entzündung zu bringen; dasselbe trifft um so mehr bei Sprengungen durch Schwarzpulver oder Dynamit zu, wo dann oft schreckliche Katastrophen herbeigeführt werden. Wichtig ist deshalb und auch erforderlich die Kenntnis der Explosionstemperatur zur Bestimmung des Drucks, unter welchem die Explosionsgase in einem bestimmten Raum stehen. In je größere Tiefen der Kohlenbergbau dringt, um so mehr treten Schlagwetter (Grubengas: Methan, Sumpfgas, leichter Kohlenwasserstoff) auf, um so dringender wird das Verlangen nach Sprengmitteln, welche Sicherheit gegen diese Gefahr gewähren. Zur Bekämpfung der Kohlenstaubgefahr und der Schlagwetter ist abgesehen von dem Fernhalten von Zündflammen und Funken, die Anwendung von zuverlässigen Sicherheitslampen, eine gute Wetterführung (Ventilation) zur Abführung der Gase, Kohlenstaub usw. und die Zuführung frischer Luft als dringend erforderlich anzusehen und wird jetzt auch ebenso wie die Befreiung zur Niederschlagung des Staubes mittels feiner Wasserstrahlen häufig bestimmt vorgeschrieben.

Außer dem Staub von Stein- und Braunkohlen hat auch der Staub von Mülerei- und ähnlichen Produkten schon öfters Veranlassung zu folgenschweren Explosionen gegeben; als besonders gefährlich ist weiterhin der Staub einzelner Drogen oder chemischer Stoffe sowie des Schwefels zu betrachten; deshalb sind auch hier ähnliche Schutzmaßnahmen notwendig. In den Vordergrund treten hierbei die chemische Industrie mit einzelnen sehr gefährlichen Spezialfabrikationen und außerdem die Sprengstoff-, Pulver-, Patronen-, Sprenggeschloß-, Zündhütchen-, Zündspiegel- und Zündstofffabriken. Unter „Besondere Unfallverhütungsvorschriften zum Schutz gegen gefährliche Gase und Dämpfe“ gibt die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie einen Ueberblick von den explosionsgefährlichen Gasen und Stoffen. Hierzu gehören: Äthylengas, Arsenwasserstoff, Dämpfe von Alkohol, Aether, Brommethyl, Chloromethyl, Chloräthyl, Nodmethyl, Methylalkohol, Ätzen, Benzol, Benzin usw. Ganz besonders kommen weiter hinzu die Sprengstoffe, wie: Schwarz- und Nitropulver, Trinitrotoluol, Ammonitrat, außerdem die Herstellung von Feuerwerkskörpern, Sprengkugeln und Zündhütchen.

Auch die Gase in Leer- und Mineralölapparaten nach beendeter vollständiger Destillation, ebenso die Gase der aromatischen Nitro- und Amidverbindungen, der Gase- und Holzdestillation sowie die Leucht-, Del- und Sumpfgase, die Schwefelwasser-, Schwefelkohlen- und Wasserstoffgase. Auch die Mineralwasserfabriken mit der Verwendung von flüssiger Kohlensäure usw. bieten Explosionsgefahren; dasselbe trifft auch auf verdichteten Sauerstoff zu. Sauerstoffbehälter explodieren oft bei der Sauerstoffschweißung.

Auch die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke weist in ihren Unfallverhütungsvorschriften auf die Gefährlichkeit einiger Gasfabrikationen hin. Vor allem ist hier die Explosionsgefahrlichkeit des Kohlendampfes nicht unbeachtet zu lassen. Bei bemerkbarem Gasgeruch ist alles Abzuleuchten nach undichten Stellen bei Apparaten, Rohrleitungen usw. nicht eher vorzunehmen, als eine genügende Lüftung erfolgt ist. Bei der Ätzenfabrikation wird auf die Gefährlichkeit des zur Verwendung kommenden Natriums aufmerksam gemacht. Auch die Wasser- und Luftgasfabrikation verlangt zur Sicherheit der beschäftigten Personen die strikte Geltendmachung der Schutzvorschriften.

In den Steinbruchbetrieben kommt es noch immer vor, daß bei den Sprengungen minderwertige Sprengstoffe verwendet und im übrigen oft die Schüsse überladen und beim Laden metallene Ladefläche gebraucht werden. Dazu kommt weiter die unvorschriftsmäßige Aufbewahrung und der leichtfertige Transport der Sprengmittel sowie beim Sprengen die ungenügenden Absperurmaßnahmen. Derartige äußerst gefährliche Explosionsmöglichkeiten bieten, wie schon vorstehend angeführt, sich auch bei Sprengungen zu Baumzwecken. Ueber die Gefahr der Explosionen bei Dampfesseln durch Mindertwertigkeit oder Altersverbrauch derselben oder durch ungewöhnliche Heizungsanlagen sowie im weiteren, besonders jetzt während des Krieges, durch weniger berufliches Seizer- und Beaufsichtigungspersonal wird an einer anderen Stelle noch einiges gesagt werden müssen.

Wie für den Bergbau, so ist auch für alle explosionsgefährlichen Betriebe eine streng verantwortliche Betriebsbeaufsichtigung und behördliche Ueberwachung dringend zu fordern. Im übrigen aber ist es notwendig, die beschäftigten Arbeiter nicht allein auf die ausstehenden Unfallverhütungsvorschriften oder verteilten Merkblätter zu verweisen, sondern sie wiederholend durch gemeinverständliche Auseinandersetzungen von dem Ernst der Sachlage zu überzeugen. Es wird aber auch als eine Aufgabe der älteren und mehr bekommenen Arbeiter angesehen werden müssen, auf ihre Mitarbeiter, Jugendlichen und Frauen im Sinne eines mehr zuberlässigen Schutzes einzuwirken. Im übrigen aber werden zu dieser hier allgemein gegebenen und äußerst begrenzten Darstellung die fachwissenschaftlichen Kreise bei ihrem hohen Können durch populär gehaltene Auseinandersetzungen über die vielseitigen Explosionsgefahren in der Fach- und Tagespresse unterstützend eingreifen können. Eine solche Wahrnehmung des Schutzes liegt nicht allein im Interesse der Beschäftigten der Gefahrenindustrie, sondern auch im Interesse der Landesverteidigung und des ganzen deutschen Volkes.

G. Feinke.

## Vorgeichlagene Kandidaten zur außerordentlichen Generalversammlung in Augsburg.

| Die Wahl findet am 10. Juni statt. |   | In den Bezirken eingeteilt |
|------------------------------------|---|----------------------------|
| Wahlr. 1:                          | Hamburg.  | 20. 5. 00                  |
| Wahlr. 2:                          | Hannover. Wepner, Alwine, Weberin, Hannover-Linden.   | 20. 5. 00                  |
| Wahlr. 2a:                         | Neumünster. Kohut, Theodor, Geschäftsführer, Neumünster   | 20. 5. 00                  |
| Wahlr. 3:                          | Bielefeld. Sameln, Gerlach.   | 7. 6. 07                   |
| Wahlr. 4:                          | Braunschweig. Grunge, August, Weber, Braunschweig, Elmshorn.  | 7. 6. 07                   |
| Wahlr. 5:                          | Braunschweig. Salzgitter. Döbler, Emil, Gauleiter, Hannover-Linden.   | 7. 6. 07                   |
| Wahlr. 6:                          | Bremen. Hemelingen.   | 19. 7. 03                  |
| Wahlr. 7:                          | Delmenhorst. Schömer, Eduard, Geschäftsführer, Delmenhorst  | 19. 7. 03                  |
| Wahlr. 8:                          | Apolda. Gutberlet, Heinrich, Geschäftsführer, Apolda  | 1. 4. 94                   |
| Wahlr. 9:                          | Mühlhausen. Koch, Georg, Stricker, Mühlhausen   | 4. 4. 96                   |
| Wahlr. 9:                          | Rassel. Einbeil, Eisenach, Schwege, Fulda, Göttingen, Hersfeld. Klement, Agnes, Weberin, Hersfeld a. d. Fulda | 18. 2. 07                  |
| Wahlr. 10:                         | Krefeld. Krefeld. Damm, Martin, Weber, Krefeld.   | 27. 8. 07                  |
| Wahlr. 11:                         | M.-Glabbach. Hendrich, Jakob, Geschäftsführer, Wiesbaden  | 3. 6. 09                   |
| Wahlr. 12:                         | Machen. Krefeld. Grefrath, Hüls bei Krefeld, Düren, Lobberich, Debit.   | 10. 8. 99                  |
| Wahlr. 13:                         | Wormen.   |                            |
| Wahlr. 14:                         | Elberfeld. Grische, Jakob, Gärber, Elberfeld  | 10. 8. 99                  |



beraugsichtig herbeigeführt würde. Vom Kreisreferenten der Kriegsamtstelle ist die Angelegenheit fortlaufend weiter bearbeitet und stets auf ihre schnelle Erledigung hingewirkt worden. Am 22. Mai wurde der Vorsitzende des Spinner- und Fabrikantenvereins nochmals auf die große Dringlichkeit der Sache hingewiesen und erklärte, daß eine Einigung in kürzester Frist zu erwarten sei."

Uns war jene berichtigte Notiz nicht zugegangen. Am Dienstag, den 29. Mai 1917, befaßten sich die Arbeiterausschußmitglieder und Fabrikvertrauensleute in einer im „Reitetal“ abgehaltenen Konferenz mit dem Angebot des Fabrikantenvereins. Das Resultat der Verhandlungen war die Annahme folgender Entscheidung:

„Nachdem durch Vermittelung der Kriegsamtstelle ab 26. Mai 1917 in allen Textilbetrieben wöchentliche Teuerungszulagen an Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter bis zu 17 Jahren 5 Mk., im Alter von über 17 Jahren 7 Mk. und an verheiratete männliche Arbeiter 9 Mk. bewilligt sind, diese Teuerungszulagen auch dann an jedem Zahltag voll ausgezahlt werden, wenn ohne Verschulden der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht voll gearbeitet werden kann, geben die Arbeiterausschüsse an die Arbeiter und Arbeiterinnen derjenigen 4 Betriebe, in denen am 25. Mai die Kündigung eingereicht wurde, den Rat, einmütig die Kündigung wieder zurückzunehmen; durch diese Raterteilung wird die jetzige Teuerungszulage als Abschlagszahlung auf die gestellte Forderung (75 Prozent Lohnerhöhung) angenommen."

Weiter nahmen die Arbeiterausschüsse noch die nachstehende Resolution einstimmig an:

„Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Verbandes, beim Stadtrat vorstellig zu werden, eine Kriegshilfe für die Gewerbe einzurichten, um den Erwerbslosen und Kranken eine Beihilfe zu gewähren."

Damit ist die Grimmitzhauer Lohnbewegung beendet.

**Lohnerhöhungen in Großenhain.** Dort sind die Teuerungszulagen beseitigt und dafür erhöhte Löhne allgemein festgesetzt worden. Für die Weberei wird der Lohn pro 1000 Schuß berechnet; die Erhöhung beträgt hier gegenüber der Lohnberechnung vom Januar zirka 40 Prozent; man berechnet pro 1000 Schuß vierstündiger Besatzstufe 17 Pf. Die Stundenlöhne haben Erhöhungen von 6-8 Pf. erfahren, was für viele 5-6 Mk. pro Woche ausmacht.

**60 Proz. über dem ortsüblichen Tagelohn in Bittau** lautet die Forderung der Arbeitervertretungen im oberlausitzer Bezirk. Antwort wurde innerhalb acht Tagen von der Ortsgruppe des Verbandes der Webereibesitzer der sächsischen Bauart erbeten.

**Lohnerfolge in Burg bei Magdeburg.** In einer am Freitag, den 25. Mai, in der „Steinhaushalle“ zu Burg gepflogenen Verhandlung der Arbeiter und der Arbeiterausschüsse der Bürger Textilindustrie wurde, unter Hinzuziehung des Gauleiters, Kollegen Kofke, beschlossen, auf die bisher gezahlten Löhne eine Zulage von durchschnittlich 25 Prozent zu zahlen. Damit erklärten sich die Arbeiterausschüsse und der Gauleiter einverstanden.

**Berichte aus Fachkreisen.**

**Dörnhan.** Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr, beim Gastwirt Wör Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung geben wir in der Versammlung bekannt. Referent zur Stelle. Es ist Pflicht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Friedland.** Mit der Lohnbewegung der schlesischen Textilarbeiterschaft beschäftigte sich die vor kurzem abgehaltene Textilarbeiterversammlung. Als Referent war Gauleiter Fritsch-Viegnitz anwesend. Eingangs seines Vortrages erklärte Redner die Löhne in der Rüstungsindustrie, dabei hervorhebend, daß dort junge Leute bis zu 80 Mk. Wochenverdienst erzielen. Hierzu stehen die Löhne der Textilarbeiter in gar keinem Verhältnis, denn dieselben betragen kaum den vierten Teil dessen, obwohl die Textilarbeit in demselben Maße erforderlich ist wie in der Rüstungsindustrie. Auch werden in Bezug auf Arbeitsweise große Anforderungen an den Textilarbeiter gestellt, denn es sei nicht so leicht, aus minderwertigem Material gute Waren herzustellen. Dies erfordert die Anspannung aller Kräfte. Die Bezahlung stehe aber in gar keinem Vergleich hierzu. Um aber auch bessere Lohnbedingungen zu erreichen, ist es vor allen Dingen erforderlich, daß sich die hiesigen Textilarbeiter an anderen Orten ein Beispiel nehmen und samt und sonders der Organisation beitreten, denn immer nur einer starken und mächtigen Organisation wird es gelingen, ihren Einfluß in der Lohnfrage geltend zu machen. Dies findet auch seine Bestätigung in einer Aussprache seitens eines hiesigen Fabrikdirektors mit dem Gauleiter Kollegen Fritsch. Der Direktor ließ erkennen, daß für die Arbeiter etwas zu erobern wäre, wenn die Arbeiter einig wären und zusammenhielten. Werft auch dies, Arbeiter, und handelt danach! An verschiedenen Beispielen zeigte der Referent, wach schamlos hohe Preise für Textilwaren gefordert werden, und dabei fehlt es nicht an Stimmen, die die Schuld den „hohen“ Löhnen der Textilarbeiter zuschreiben, die doch wahrhaftig nicht hoch sind, sondern unbedingt erhöht werden müssen. Dazu könnten die bisher Gleichgültigen helfen, indem sie dem Verbandsbeiträgen, sie würden dann bald seine wohlthätigen Wirkungen verspüren.

**Geisa (Mün).** Die hiesige Flachsverwertungs-Gesellschaft von Dr. Kiel u. Co. steht unter keinem günstigen Stern. Der Betrieb wurde in 13 Monaten dreimal durch Feuer zerstört. Auch die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen können nicht behaupten, daß ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen den jetzigen Anforderungen auch nur im geringsten gerecht werden. Die an den Schwing- und Wrechmaschinen Beschäftigten sind infolge der primitiven Einrichtungen gezwungen, tagtäglich in den größten Staubwolken ihre Arbeit zu verrichten. Daß dabei ihre Gesundheit nicht gefördert wird, ist selbstverständlich. Die Männer erhalten einen Stundenlohn von 26 Pf. und die Frauen einen solchen von 22 Pf. Ueberstunden sind, wenn der Betrieb nicht gestört ist, die Regel. Oft wurden täglich 15 Stunden Arbeitszeit verlangt und, um ihren fargen Lohn etwas zu erhöhen, willigten die Arbeiter auch ein. Der Mangel an jeder anderen Erwerbsmöglichkeit am Orte wird von der Firma in ihrem Interesse weiblich ausgenutzt und am liebsten möchte sie den Arbeitern den Glauben beibringen, daß sie aus lauter Menschenfreundlichkeit beschäftigt werden und deshalb besondere Anreize hätten, sich dankbar zu erweisen. Da die Flachszustanlagene staatlich gefördert werden, genießt auch dieser Betrieb einen staatlichen Zuschuß, und umfangreiche Neuanlagen sind im Entstehen begriffen. Da unter den jetzigen Verhältnissen das Geschäft außerordentlich profitabel ist, war es selbstverständlich, daß die Arbeiter schon lange sich nach einer Verbesserung ihrer Existenzverhältnisse sehnten und sich deshalb der Organisation an-

schloß. Sie beauftragte die Verbandsleitung, durch eine entsprechende Eingabe die Firma auf die Notlage, die durch die Kriegswirkungen so sehr verschärft ist, hinzuweisen und zu ersuchen, eine 50prozentige Lohnerhöhung zu gewähren und für Ueberstunden, soweit dieselben nicht umgangen werden können, 26 bzw. 50 Proz. Lohnzuschlag. Das Schreiben der Verbandsleitung war unter Beobachtung aller Höflichkeitserfordernisse abgefaßt und um seine baldige Antwort gebeten worden. Die Antwort erfolgte indirekt, indem man einem Kollegen androhte, daß, wenn er noch ferner für den Verband wirke und damit die Interessen der Firma verleihe, er sich damit außerhalb des Betriebes stelle. Er erhielt ferner den „angenehmen“ Auftrag, der Gauleitung mitzuteilen, daß die Firma sich auf keine Verhandlungen mit dem Verband einlasse. Wenn es nicht passe, der könne gehen! Vorschriften lasse man sich nicht machen! Den Arbeitern wurde geraten, sich ihre Groschen, anstatt damit Faulenzen zu ernähren, auf die Seite zu legen. Der Gauleitung wurde der „freundliche“ Rat erteilt, ihre Hände von Geisa zu lassen. Im übrigen bekomme man Arbeiter genug, man brauche sich nur an den vaterländischen Hilfsdienst zu wenden. — Wir hätten von der Firma nicht nur einen konzilianteren Ton, sondern auch mehr soziales Entgegenkommen erwartet und sind nicht wenig enttäuscht. Vielleicht kommt ihr aber doch bald die Erkenntnis, daß die Zeiten vorbei sind, wo jeder einzelne Arbeiter um jeden Pfennig Lohnerhöhung betteln und sich dann wie für ein Almosen noch dankbar erweisen sollte. Die Arbeiter haben ein Recht zu fordern, daß ihnen für ihre Arbeitsleistung ein angemessener Lohn zuteil wird. 26 Pf. Stundenlohn für einen Familienvater bedeutet für diesen langjam Selbsterwerb. Doch die Arbeiterschaft hat alle Ursache, sich ihre Arbeitskraft zu erhalten, nicht zum wenigsten im Interesse der Industrie an sich. Zum Wohle dieser wird die Arbeiterschaft alle reaktionären Hemmungen, die sich ihren Bestrebungen entgegensetzen, zu überwinden wissen.

**Großenhain.** Die Lohnerhältnisse in dem Textilbetrieben von Großenhain waren schon vor dem Kriege verbesserungsbedürftig. Die Arbeiterschaft war aber nicht zu bewegen, einen entscheidenden Schritt zu unternehmen. Bis in den Januar 1917 bestanden hier noch Stundenlöhne für Arbeiterinnen von 14 bis 21 Pf. Hierzu kam dann im Januar in einzelnen Betrieben eine Teuerungszulage von 1,50 bis 2,50 Mk. pro Woche. Die Arbeitszeit war oft eine beschränkte; hierdurch wurden besonders die Weber in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitgeber hatten keine Veranlassung, von ihren Kriegsgewinnen den Arbeitern etwas zu opfern, da sie noch niemals Forderungen erhoben hatten. Deshalb schien es den Arbeitgebern fast unglaublich, daß die Arbeiter nun endlich mal Lohnerhöhungen verlangten. Die Forderung lautete auf 75 Proz. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Unsere erste Versammlung wurde verboten, weil auch die Arbeitslosenunterstützung mit besprochen werden sollte; deshalb hätte die Versammlung angemeldet werden müssen. Wir hatten keinen Schaden von dem Verbot. Dieses war für Großenhain ein außerordentliches Ereignis. Keim Wunder, denn zwei Schußleute waren zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten. Dem Versammlungslokal gegenüber wohnten Soldaten der Fliegerabteilung; diese durften ihr Quartier am diesem Abend nicht verlassen, und waren somit immer in Bereitschaft, wenn die Versammlungsbesucher, meistens Frauen, der Staatsräson sich nicht fügen sollten. Die Vorsichtsmassregeln waren umsonst getroffen, Großenhain blieb von der Revolution verschont. Die nächste Versammlung war um so besser besucht, die Stimmung eine gute. Die Arbeitgeber machen nun mehr gute Miene zum bösen Spiel und machten gleich die nächsten Tage Zugeständnisse, die aber der Arbeiterschaft nicht genügten. Durch Vermittelung des Vertreters vom Kriegsam Dresden wurde eine gemeinsame Verhandlung mit den Arbeitgebern möglich. Es wurden für die Arbeiterinnen in der Spinnerei einseitliche Lohnsätze festgelegt: für Spinnerinnen 27 Pf., für Krempelrinnen 29 Pf. pro Stunde. Alle Teuerungszulagen kamen nunmehr in Wegfall. Dadurch sind die Stundenlöhne gegenüber denen vom Januar um 10 bis 13 Pf. pro Stunde erhöht. Wenn wir die Teuerungszulagen in Abzug bringen, so sind immer noch Verbesserungen von 6 bis 8 Pf. erreicht worden. In zwei Spinnereien, bei Götz u. Co. und Fischer, wird die bis jetzt gezahlte Prämie weiter gezahlt, jedoch sollen die Arbeiterinnen mit der Prämie auf denselben Lohn kommen wie in den anderen Betrieben. Alle anderen im Stundenlohn beschäftigte Arbeiterinnen sollen denselben Stundenlohn erhalten. Die Stundenlöhne der männlichen Arbeiter wurden von 30 Pf. auf 38 Pf. erhöht, die Wochenlöhne der Aushußer erhöhten sich pro Woche um 5 bis 6 Mk. Für die Weber ist eine grundlegende Aenderung in der Lohnberechnung nunmehr eingetreten. Bisher wurde der Lohn nach Strähnen berechnet, nunmehr gelangt die Berechnung nach 1000 Schuß zur Einführung. Das ist schon ein wesentlicher Erfolg für die Weber. Es werden für 1000 Schuß jetzt 17 Pf. für vierstündige Ware sowie für Besatzstufe gezahlt; die Erhöhung gegen Januar beträgt zirka 40 Prozent. Für Anknüpfen werden jetzt für 100 Fäden 7 Pf. (vorher 5 Pf.) gezahlt.

Am Montag, den 21. Mai, nahm die Arbeiterschaft zu den Zugeständnissen Stellung; obwohl die Forderungen nicht voll bewilligt sind, so wurden die Zugeständnisse doch angenommen, da sie eine wesentliche Verbesserung bedeuten. Die nunmehr beendete Lohnbewegung hat der Großenhainer Arbeiterschaft gezeigt, daß durch Zusammenschluß viel erreicht werden kann.

**Grünberg.** Am Sonnabend, 19. Mai, fand im „Deutschen Kaiser“ eine außerordentliche Generalversammlung der Filiale Grünberg statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über die Lohnbewegungen. 2. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung. 3. Vertragsfrage. Der Wichtigkeit der Tagesordnung war es wohl auch zuzuschreiben, daß die Versammlung sehr gut besucht war, so daß das Lokal sich als zu klein erwies. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachten die Versammelten der auf den Schlachtfeldern gefallenen Kollegen May Walluschek und Alfred Kupke in üblicher Weise. Hierauf erstattete Kollege Lude Bericht über die Lohnbewegungen. (Wir berichten darüber an anderer Stelle. D. Red.) Bei der Abstimmung konnte eine einstimmige Annahme für Abhaltung der Generalversammlung festgelegt werden. Als Delegierter wurde Kollege Lude vorgeschlagen. Da weiter keine Vorschläge erfolgten, gilt Kollege Lude als gewählt. — Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Vertragsfrage“ wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Die heute (am 19. Mai) abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Filiale Grünberg erachtet es als eine unbedingte Notwendigkeit, die finanzielle Stärkung des Verbandes zu fördern. Die Versammlung ist mit dem Referenten (Lude) der Meinung, daß nach Friedensschluß umfangreiche Lohnkämpfe mit den Unternehmern einzusetzen werden. Um diese Kämpfe für die Textilarbeiterschaft erfolgreich durchführen zu können, bedarf es einer finanzkräftigen Organisation. Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Filiale Grünberg beschließt deshalb, ab 1. Juli für männliche Mitglieder 50- oder 60-Pf.-, für weibliche Mitglieder 40-, 50- oder 60-Pf.-Beitragsklassen festzusetzen. Gleichzeitig verpflichten sich die Versammelten, nach besten Kräften an dem Ausbau der Organisation nach innen und außen mitzuwirken und eifrige Werber für den Verband zu sein."

**Krefeld.** Am Sonntag, den 20. Mai, versammelten sich die Mitglieder unserer Filiale, um folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Kasienbericht und Bericht der Revisoren. 2. Stellungnahme zur außerordentlichen Generalversammlung. 3. Eventuelle Aufstellung von Kandidaten zur Wahl von Delegierten. Zum ersten Punkt schiede Kassierer Bretschneider dem Kasienbericht die Mitteilung voraus, daß wir aus Krefeld von dem fast aus allen Gauen gemeldeten Aufstieg unserer Organisation bisher noch nichts melden können. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zur Stellungnahme zum außerordentlichen Verbandstag in Augsburg gestattete sich der Vorsitzende Webers eine längere Begründung.

Geschäftsführer Höpfer nahm Veranlassung, den Mitgliedern mitzuteilen, daß der Vorschlag, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, einer Zusammenkunft des Zentralvorstandes der Gauleiter mit dem Verbandsauschuß entsprungen sei. — Der Vorstand der Filiale habe sich in seiner letzten Sitzung damit beschäftigt und sei zu dem Entschluß gekommen, der heutigen Mitgliederversammlung zu empfehlen, die Abhaltung eines außerordentlichen Verbandstages zu befürworten. Nach Für- und Gegenrede erklärte sich die Versammlung für die Abhaltung. — Hierdurch unseren Mitgliedern zur Mitteilung, daß unser Bureau Samstag-Nachmittags geschlossen bleibt. Die übrigen Geschäftsstunden bleiben, wie sie auf den auf unsere Mitgliedsbücher aufgeklebtenzetteln vorgezeichnet sind.

**Sagan.** Am 18. Mai fand in Beils Lokalität eine sehr gut besuchte Textilarbeiter- und -arbeiterinnenversammlung statt. Wie bekannt, waren vor einiger Zeit an die hiesigen Textilunternehmer Eingaben auf Lohnaufbesserungen in Höhe von 50 Prozent von den Arbeitern und Arbeiterinnen gestellt worden. Nach mehrmaligen Unterhandlungen mit den Arbeiterschaften, sowie mit den Vertretern des Textilarbeiterverbandes und des Gewerbevereins (S.-V.), wurden endlich 10 Prozent bewilligt. Diese geringen Zugeständnisse wurden als Verhöhnung angesehen. Zur Zeit sprach in der Versammlung Hrl. Hoppe - Berlin vom Zentralvorstand unseres Verbandes. Selbstig sollte an diesem Tage in einer Mitglieder-versammlung einen Vortrag über die Kriegswirkungen halten. Durch die Lohnbewegung mußte aber die geplante Versammlung ausfallen, mithin erledigte sie ihren Auftrag in einer großen Massenversammlung. Sie wies in sehr verständlicher Weise nach, wie notwendig es ist, die Lage den Zeitverhältnissen entsprechend zu ändern durch Lohnaufbesserungen und Anschluß an die Organisation. Großer Beifall wurde ihr für das Gehörte gezollt. Darauf erläuterte Kollege Albin Reichelt vom Zentralvorstand den ganzen Verhandlungsengang und betonte die Notwendigkeit dieser Versammlung. Anfangs hatten die Unternehmer nur ungefähr 10 Prozent Lohnerhöhung zugebilligt. Mit dieser Binzigkeit konnten sich aber die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zufriedengeben. Mithin mußte diese Versammlung einberufen werden. Kurz vor Beginn war jedoch ein Angebot von der Firma M. L. Beer eingegangen, das von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, mit dem Vorbehalt, zu passender Zeit auf die nicht erfüllten Forderungen wegen Ausfallstunden und Minimallohn zurückzukommen. Insbesondere wird die Textilarbeiterschaft erneut Lohnforderungen stellen, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse zu ihrem Nachteil gestalten sollten. Sie erwartet ferner, daß die hiesigen Unternehmer die von den Vertretern bei den Verhandlungen geäußerten Wünsche noch berücksichtigen und eine leichtverständliche und übersichtliche Lohnpolitik zur Einführung bringen werden. Die Versammelten erklärten, soweit sie einer Organisation nicht angehören, nach freier Wahl sich dem Deutschen Textilarbeiterverband oder dem Gewerbeverein der deutschen Textilarbeiter anzuschließen. Sie erwarten, daß auch in Zukunft die Organisationen gemeinsam die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen bearbeiten werden. — Bei der darauffolgenden Diskussion wurden noch verschiedene Mängel aus den Betrieben vorgebracht. Hauptsächlich wurde bedauert, daß die Lohnaufbesserungen so minimal resp. gering seien, weil doch von jetzt ab die Teuerungszulagen und Kriegszulagen in Wegfall kommen. Nach einem anregenden Schlußwort, die Organisationen zu stärken, wurde die gut verlaufene Versammlung, die vielfach von großem Beifall unterbrochen wurde, geschlossen.

**Wülftegersdorf.** Montag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, findet beim Gastwirt Hannig eine wichtige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht über das Verhandlungsergebnis mit dem Landrat und der Betriebsleitung der Firma Meyer Rauffmann. Referent Gauleiter Otto Fritsch aus Viegnitz. 2. Berichterstattung über die Aufstellung von Kandidaten zu den Wahlen der Arbeiterausschüsse nach dem vaterländischen Hilfsdienstgesetz, sowie die Tätigkeit derselben. 3. Unsere bevorstehende außerordentliche Generalversammlung und Anträge hierzu. 4. Beschlußfassung über (eventuell obligatorische) Einführung von Lokalschlüssen. Wegen der so wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Quittung.**

Am Mai gingen bei dem Unterzeichneten ein aus Hamburg 58,65 Mk.  
Paul Wagener, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III.

**Briefkasten.**

**Unteroffz. Rieber.** Der Urlauber hat nicht mehr zu beanspruchen als sonstige Einwohner. — B. S., Landeshut i. Schl. Wir nennen Ihnen: Offenburg in Baden, Memmingen in Bayern, Reutlingen in Württemberg. Vielleicht kommt auch Göppingen in Frage. In dem auch in Ihrer Filiale befindlichen Buch: „Die Textilindustrie im Tätigkeitsbereich des Deutschen Textilarbeiterverbandes“ können Sie näheres finden.

**Verbandsanzeigen.**

**Bekanntmachungen.**

**Vorstand.**  
Sonntag, den 10. Juni, ist der  
23. Wochenbeitrag fällig.

**Adressenänderungen.**

**Gau 6, Göppingen.** Da Kollege Maffusie verhaftet ist, alle Sendungen an seine Frau Agnes Maffusie, Göppingen, Kronenstr. 12, adressieren.  
**Gau 7, München.** K. Josef Fuchs, Auzere Wiener Straße 113/4.

**Totenliste.**

**Gestorbene Mitglieder.**  
Berlin. Otto Kirschbach, Wirtler, 48 J., Schlagfluß.  
Chemnitz. Karl August Schaal, Weber, 63 J., Schlaganfall.  
Freiburg i. Schlef. Reinhold Heimrich, Sechler, 34 J.  
Glauchau. Friedrich Wendler, 74 J., Herzschwäche. Gertrud Rabenstein, 28 J., Lungenleiden.  
Hamburg (Bez. Schiffbet). Hedwig Nowatzki, Weberin.

**Zahnsdorf i. Erggeb.** Paul Hilbert, 44 J., Lungenkrankheit.  
**Krefeld.** Anton Pergaden, Weber, 58 J., Zuckerkrankheit.  
Jakob Drimmedes, Weber, 51 J., Magenverblutung.  
Landeshut. Anna Weber, Treiberin, 29 J., Tuberkulose.

**Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.**

**Berga a. Elster.** Paul Meißel (Wirtstender der Filiale).  
**Chemnitz.** Oskar Petim. Fischer, Färbereiarb., 33 J.  
**Frankenberg.** Fritz Giebe, Lepichweber, 27 J. Fritz Rothke, Weber, 26 J. Willy Geißler, Appreteur, 30 J.  
**Krefeld.** Johann Schmitz, Weber, 36 J.  
**Landeshut.** Gustav Biettermann, Seidenweber, 30 J. Heinrich Reimann, Weber, 29 J.  
**Mühlhausen i. Th.** (Richtig gung.) In Nr. 20 muß es statt Karl Köppler Karl Köppler heißen. — Reinhold Thone, Stricker. Fritz Helfrich, Stricker. Mühlhauensdorf. Otto Schulz, Weber, 22 J.

**Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 9. Juni.**  
Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit  $\alpha$  versehenen Artikel Hermann Sträßig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

**Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.**